

KOMMENTARE



Nur das Recht zählt

Im Fall Karl D. gibt es keine einfachen Rezepte

► MARCO ROSE

Eigentlich ist es bloß eine Meldung unter vielen: Der Bundesgerichtshof (BGH) lehnt es ab, gegen den verurteilten Sexualstraftäter Karl D. aus Heinsberg eine nachträgliche Sicherungsverwahrung zu verhängen. Damit bestätigt das oberste deutsche Gericht nur seine äußerst zurückhaltende und rigide Sprechpraxis zu der schärfsten „Maßregel zur Besserung und Sicherung“, die das deutsche Recht kennt: Bislang hat der BGH die nachträgliche Anordnung der Sicherungsverwahrung lediglich in wenigen Ausnahmefällen genehmigt.

Dass er ausgerechnet im Fall Karl D. eine andere Linie vertreten würde, war auch gar nicht zu erwarten. Schon das Landgericht München II hatte schlüssig dargelegt, warum die Sicherungsverwahrung bei Karl D. nicht greifen kann.

Die Situation in Randerath ist damit heute so verfahren wie nie. Erneut muss sich der Heinsberger Landrat Stephan Pusch (CDU) einige unangenehme Fragen stellen lassen: War es etwa wirklich nötig, in aller Öffentlichkeit vor dem Sexualstraftäter zu warnen? Wäre es nicht auch möglich gewesen, den Mann diskreter von der Polizei observieren zu lassen? Hätte Pusch nicht deutlich mächtig auf die Bürger Randeraths einwirken können? Hätte er mit einer weniger konfrontativen Strategie Karl D. nicht doch zur Aufnahme einer Therapie bewegen können?

Fragen, auf die es keine einfachen, eindeutigen Antworten gibt. So wie es auch keine einfachen Rezepte gibt, wie der Staat

mit Menschen wie Karl D. umgehen soll. Zumal immer mehr Wissenschaftler und Praktiker zu dem Schluss kommen, dass die bestehende Regelung der Sicherungsverwahrung ohnehin nicht geeignet ist, aus Verbrechern bessere Menschen zu machen.

Denn Sicherungsverwahrung ist in ihrer jetzigen Form nichts anderes als eine zeitlich unbegrenzte Freiheitsstrafe, die alle zwei Jahre überprüft wird.

Der feine Unterschied

Gerade die nachträglich angeordnete Verwahrung ist juristisch fragwürdig, weil sie de facto eine Strafe für noch gar nicht begangenes Unrecht darstellt. Es ist deshalb wichtig, dass der Bundesgerichtshof dem populistischen Ruf nach bloßem „Wegsperrn“ nicht folgt und jeden Fall strikt nach Recht und Gesetz bewertet.

Das ist im Fall Karl D. eindeutig: Der Mann hat grausame Taten begangen, seine Strafe jedoch abgesehen. Er hat ein Recht auf Resozialisierung, auf Menschenwürde – selbst wenn er seinen Opfern diese Würde genommen hat und ein Gutachter ihn noch immer für gefährlich hält.

Das ist den betroffenen Menschen in Randerath schwer zu vermitteln. Für sie ist das Urteil keine Randnotiz, keine Meldung unter vielen. Denn die Angst bestimmt inzwischen ihren Alltag und ihre Gedankenwelt. Aber letztlich ist es eben diese Würde und deren Achtung, die zivilisierte Menschen von Verbrechern unterscheidet.

► m.rose@zeitungsverlag-aachen.de



Löhne rauf!

Die Tarifrunde für den öffentlichen Dienst

► JOACHIM ZINSEN

Freunden gegenüber zeigen sich CDU, CSU und FDP gerne großzügig. Vor wenigen Wochen erst haben die drei Parteien Hoteliers, reiche Erben und große Unternehmen mit üppigen Steuergeschenken bedacht. Rund vier Milliarden Euro waren ihnen die Gefälligkeiten wert. Eine ähnliche Summe verlangen jetzt Gewerkschaften und Beamtendbund als Lohnsteigerung für rund zwei Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Und was passiert? Aus den gleichen Parteien, die eben noch das Füllhorn ausgeschüttet haben, kommen nun aufgeregte Stimmen, die sich ob der „maßlosen Forderungen“ förmlich überschlagen. Unwillkürlich drängen sich da Fragen auf: Welche Wertschätzung bringen die Herrschaften eigentlich der Arbeit von Krankenschwestern, Erziehern oder Straßenwärtlern entgegen? Sieht so die konkrete Umsetzung des schwarz-gelben Mottos „Leistung muss sich wieder lohnen“ aus?

Doch lassen wir das Moralisieren. Und weisen wir auch nicht darauf, dass die Gehaltssteigerungen für Staatsdiener in den vergangenen Jahren noch weit geringer ausgefallen sind als für die Beschäftigten der Privatwirtschaft. Jetzt ist Krise, jetzt gehen die Uhren anders, jetzt muss die Wirtschaft wieder auf Vordermann gebracht werden.

Richtig. Und genau deshalb müssen am Ende der gestern angelaufenen Tarifrunde Lohnsteigerungen stehen. Anders als die unsinnigen Steuergeschenke des

sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetzes tragen höhere Löhne nämlich tatsächlich zum Wachstum der Wirtschaft bei, kurbeln sie doch die Binnenkonjunktur an. Das gilt gerade für Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst. Eben weil dort die Arbeitsplätze vergleichsweise sicher sind, ist die Gefahr gering, dass höhere Löhne von Angstsparenern nur auf eigene Konto geschoben werden, anstatt mit ihnen die Nachfrage zu steigern.

Gefahr der Deflation

Das Wissen um diesen Effekt hilft natürlich keinem Kämmerer weiter, dessen Kommune gerade finanziell absäuft. Er ist der Letzte in der Nahrungskette, ihn beißen die Hunde. Städte und Gemeinden haben nur eine Chance: Sie müssen Front machen gegen die wahnwitzige schwarz-gelbe Steuerpolitik in Berlin. Hier sitzen die verantwortlichen Entscheider, nur aus der Hauptstadt kann Rettung für die klammern Haushalte kommen.

Dort allerdings werden Stimmen immer lauter, die eine Lohnpause fordern. Damit steigt nur das Risiko einer Deflation, einer Abwärtsspirale aus fallenden Preisen und sinkenden Löhnen. In eine Deflation zu geraten, ist jedoch mit das Schlimmste, was einer Volkswirtschaft passieren kann. Denn wie sie überwinden werden kann, darüber rätseln Wissenschaftler bis heute.

► j.zinsen@zeitungsverlag-aachen.de

„Sie wachsen um so üppiger wieder nach!!“



Mit der FDP gegen die FDP

Die CDU versucht kurz vor ihrer zweitägigen Klausurtagung, FDP-Landespolitiker auf ihre Seite zu ziehen. So soll der Oberliberale Guido Westerwelle mit seinen Steuerreformplänen ausgebremst werden.

VON HAGEN STRAUSS

Berlin. Im hohen Norden herrscht derzeit Funkstille. CDU-Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, vor wenigen Wochen noch Kämpfer gegen das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, schweigt auch auf hartnäckiges Nachfragen lieber. Von seinem Image als Steuererleichterungsbekämpfer will der Mann von der Küste offenkundig nichts mehr wissen. Dabei könnte die Union ein paar Meuterer jetzt gut gebrauchen, vor allem, wenn sie aus einer schwarz-gelben Landesregierung kommen.

Vor der heute beginnenden, zweitägigen Klausurtagung des CDU-Bundesvorstands ist klar – die schwarz-gelb geführten Bundesländer sollen es im Steuerstreit der Berliner Koalition richten. Die Unionsspitze baut darauf, dass angesichts der desolaten Kassenlagen landauf, landab die Landesregierungen den Entlastungsseifer des Oberliberalen Guido Westerwelle bremsen. Vor allem regionale FDP-Politiker. So können jedenfalls die Worte von CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe gedeutet

werden: „Wir sind mit den unionsgeführten Ländern im ständigen Gespräch. Und auch FDP-Landespolitiker betonen mehr und mehr den notwendigen Schuldenabbau.“ Offenbar ist die Suche nach Verbündeten beim Koalitionspartner auch schon erfolgreich gewesen: „Die volle Entlastungswirkung muss bis 2013 erreicht werden“, so der stellvertretende FDP-Chef Andreas Pinkwart. Soll heißen, das für die Länder-Etats verlockende Angebot aus der Union, die für 2011 geplante Entlastung von 20 Milliarden Euro über die Jahre zu strecken, findet ersten Anklang bei den Liberalen.

Das konservative Profil

Die ledige Debatte um die Steuererleichterungen wird selbstverständlich ein Thema auf der Klausurtagung sein. Insbesondere dann, wenn Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) morgen über die Bekämpfung der

Wirtschafts- und Finanzkrise referiert. Dabei dürfte er Kanzlerin Angela Merkel reichlich Munition

„Es gibt die Notwendigkeit, die eigene Politik stärker zu erklären.“

CHRISTIAN WULFF (CDU),
MINISTERPRÄSIDENT VON
NIEDERSACHSEN

für ihr Sechs-Augen-Krisengespräch am Sonntag mit CSU-Chef Horst Seehofer und FDP-Chef Westerwelle mitgeben. Heute will die Parteiführung aber zunächst einmal das miserable Wahlergebnis von 33,8 Prozent bei der Bundestagswahl analysieren.

Dazu hat sie den Meinungsforscher Matthias Jung von der Forschungsgruppe Wahlen eingeladen. Jürgen Rüttgers, nordrhein-westfälischer Ministerpräsident, gab gestern schon mal Hinweise, woran es gelegen haben könnte. Die Union müsse ihre traditionelle Stärke ausspielen, „nicht nur

eine Partei, sondern eine echte Union“ zu sein. Rüttgers ist der Mann, der am 9. Mai die wichtigste Wahl des Jahres überstehen muss. Auch für die Koalition im Bund wird der Urnengang im bevölkerungsreichsten Bundesland von zentraler Bedeutung sein – allein schon wegen der schwarz-gelben Mehrheit im Bundesrat. Ein Tagesordnungspunkt ist deshalb der „politische Ausblick“ auf das neue Jahr.

Zu den Stärken der Union, die Rüttgers vermutlich meint, gehörte früher das konservative Profil, das christliche Wertefundament der Partei, das nach Ansicht vieler Kritiker unter der Führung von Angela Merkel verloren gegangen ist. Die darüber geführte Debatte der vergangenen Tage wird im Konrad-Adenauer-Haus ebenfalls zur Sprache kommen. Und die Klausur-Regie hat reagiert: Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch, und die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Margot Käßmann, werden zu einem Meinungsaustausch erwartet.

Streit um designierte EU-Kommissarin

Rumjana Schelewa soll über ihre finanziellen Verhältnisse nicht vollständig Auskunft geben haben

VON DIETER EBELING

Brüssel. Im Arbeitszimmer von José Manuel Barroso im 13. Stock des Berlaymont-Gebäudes in Brüssel brannte gegen Mitternacht noch Licht. Der Präsident der EU-Kommission beriet in kleiner Runde, ob das große Desaster noch abzuwenden sei. Die Bulgarin Rumjana Schelewa (40), designierte Kommissarin für internationale Zusammenarbeit und humanitäre Hilfe, hatte bei ihrer Anhörung vor dem Europaparlament am Dienstag nicht überzeugt. Und zur Geisterstunde wusste Barroso schon, dass das Parlament nun von ihm offiziell Auskunft über möglicherweise verschwiegene private Geschäfte Schelewas verlangen.

Am Tag nach der unglücklichen Parlaments-Erscheinung der derzeitigen bulgarischen Außenministerin stand deren politische Zukunft in Brüssel auf Messers Schneide. Vieles deutete darauf hin, dass die Christdemokratin aus Sofia den angestrebten Posten einer EU-Kommissarin nicht bekommt. Schon vor fünf Jahren hatten die Abgeordneten gleich zwei hoffnungsvolle Kommissionkandidaten gekippt, den Itali-



Ihrem Mann werden Kontakte zur Mafia nachgesagt: Die bulgarische Kommissions-Kandidatin Rumjana Schelewa. Foto: dpa

ner Rocco Butiglione und die Lettin Ingrida Udre. Senken sie dieses Mal den Daumen über Schelewa, so könnte dies bedeuten, dass die für 26. Januar im Parlament geplante Abstimmung über die gesamte Kommission um einen Monat verschoben werden muss.

Offiziell geht es um die Frage, ob Schelewas amtliche Mitteilung an das Europaparlament, sie sei von 2001 bis 2003 und von 2006 bis 2007 „Führungskraft“ des bulgarischen Unternehmens „Global Consult“ gewesen, wirklich stimmt. Sie habe verschwiegen, dass sie bis 2009 Alleininhaberin der Firma gewesen sei, sagte die liberale bulgarische Abgeordnete Antonija Parwanowa. Und kam zum Schluss: „Frau Schelewa sagt nicht die Wahrheit.“

„Menschenjagd“

Während Schelewa („Normalerweise nehme ich zu Gerüchten oder zu meinem Privatleben nie Stellung“) auch Berichte über Mafiakontakte ihres Mannes sichtbar nervös als „völlig unbegründet“ zurückwies, machten im Sitzungssaal des Parlamentes Fotokopien bulgarischer Handelsregisterauszüge die Runde. Die gut gemeinte

Einladung Schelewas, nach Bulgarien zu kommen und dort mit ihrem Mann und ihr selbst über alle Einzelheiten zu sprechen, klang manchem Volksvertreter fast wie eine Drohung. Der Hinweis, sie könne alle Angaben mit Dokumenten bulgarischer Behörden beweisen, war vielen Abgeordneten kein Trost: 2008 hatte die EU-Kommission wegen Korruption, organisierter Kriminalität und der Unzuverlässigkeit bulgarischer Behörden Zahlungen von 500 Millionen Euro an Sofia gestoppt. Dass sie erst nach der Befragung vor Journalisten sagte, sie habe das fragliche Unternehmen verkauft, könne sich aber an den Verkaufspreis nicht erinnern („Es war kein größerer Betrag“) stärkte das Vertrauen in ihre Bereitschaft zu finanzieller Transparenz auch nicht.

Während Liberale und Sozialdemokraten am Mittwoch klar machten, dass Schelewa sie weder fachlich noch mit persönlicher Integrität überzeugt habe, warnte der christdemokratische Fraktionsvorsitzende Joseph Daul vor „grundlosen Anschuldigungen“. Sein Fraktionskollege Werner Langen (CDU) sprach sogar von einer „Menschenhatz“. (dpa)

ANSICHT

„Man kann beim besten Willen nicht sagen, daß wir Deutschen nichts für die Armen tun. Wir gehen sogar so weit, daß wir arme, mittellose Menschen, die sich zu uns verirrt haben, kostenlos wieder in ihre Heimat zurückfliegen.“

VOLKER PISPERS, DEUTSCHER KABARETTIST